

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N^o 79.

Dresden, am 26. Juli.

1855.

Ein und achtzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am 18. Juli 1855.

Inhalt:

Registrandenvortrag. — Berathung des mündlichen Berichts der dritten Deputation über die Anträge des Abg. v. Nostitz wegen Verabreichung von Gaben an anerkannte Bettler. Schlußabstimmung. — Desgl. über die Petitionen der landwirthschaftlichen Vereine zu Konradsdorf u. um Vergütung der durch die fiscalischen Schmelzhütten entstandenen Schäden. Schlußabstimmung. — Desgl. über die Petition des Abg. Wunderlich wegen Besteuerung der Privateisenbahnen. Schlußabstimmung.

Die Sitzung beginnt 10 Uhr 28 Minuten in Anwesenheit von 61 Kammermitgliedern mit dem Vortrage des über die letzte Sitzung vom Secretär Anton niedergeschriebenen Protokolls, welches ohne Widerspruch genehmigt und von den Abgg. Elbel und Schubart mit vollzogen wird. — Es folgt hierauf der Vortrag aus der Registrande.

(Nr. 608.) Bericht der ersten Deputation über den Gesekentwurf, die Einsetzung von Friedensrichtern betr.

Präsident Dr. Haase: Wird zunächst zum Druck zu befördern sein und alsdann auf eine der nächsten Tagesordnungen kommen.

(Nr. 609.) Mündlicher Bericht der ersten Deputation über die zwischen den Beschlüssen beider Kammern bestehenden Verschiedenheiten hinsichtlich der bei der Berathung des allerhöchsten Decrets vom 1. März 1855 wegen Erhebung der Brandversicherungsbeiträge gestellten Anträge.

Präsident Dr. Haase: Wird auch auf eine der nächsten Tagesordnungen gelangen.

(Nr. 610.) Beschwerde des Gutsbesizers Samuel Schneider zu Grossen über das Königliche Ministerium des Innern wegen verweigerter Rechtshilfe gegen verletzende thierärztliche Anordnungen.

Präsident Dr. Haase: Will die Kammer diese Eingabe an die vierte Deputation abgeben? — Einstimmig Ja.

(Nr. 611.) Anschlußerklärung der Gemeindevorstände Friedrich August Haase und Genossen zu Bennewitz und

Umgehend an die Petition Roschers und Genossen zu Herwigsdorf, das Jagdrecht betr.

Präsident Dr. Haase: Will die Kammer diese Eingabe an die erste Deputation gelangen lassen? — Einstimmig Ja.

Es sind dies sämtliche Nummern, welche bis jetzt zur Hauptregistrande eingegangen sind. — Wir gehen nun auf den ersten Gegenstand unsrer heutigen Tagesordnung, den mündlichen Bericht unserer dritten Deputation über den Antrag des Abg. v. Nostitz, die Verabreichung von Gaben an anerkannte Bettler betreffend, über. Ich ersuche den Herrn Referent Glöckner, uns gefälligst diesen Vortrag zu geben.

Referent Abg. Glöckner: Der Herr Abg. v. Nostitz hat in der 46. Sitzung der zweiten Kammer vom 8. Mai dieses Jahres bei Gelegenheit der Berathung des Berichts über das Königliche Decret, den Gesekentwurf, die Aufhebung des einige Abänderungen der Armenordnung enthaltenden Gesetzes vom 9. März 1850 betreffend, mehrere Anträge gestellt, welche den Zweck haben, die Verabreichung von Gaben an Bettler zu verbieten und zu bestrafen. Der Herr Abg. v. Nostitz sagt in dieser Beziehung:

„Da nun aber in den Motiven — nämlich zum angezogenen Decrete — von dringenden Anträgen der Behörden und Gemeinden gesprochen wird, so vermiße ich in dem Gesekentwurf auch eine Bestimmung, die sehr lebhaft beantragt worden ist von den Armenvereinen verschiedener Gegenden des Landes und namentlich von denen in der Oberlausitz; diese Bestimmung geht nämlich dahin, daß auch Derjenige bestraft wird, der einem anerkannten Bettler etwas giebt. Nun existirt zwar diese Bestimmung schon in den Statuten der Armenvereine, aber sie in Ausführung zu bringen, das hat sehr große Schwierigkeiten, weil gesetzliche Vorschriften nicht bestehen, weil sich der Einzelne vielleicht heute verbindlich macht, sich dieser Bestimmung zu unterwerfen, morgen aber, wenn er vielleicht Strafe zahlen soll, sagt: Es gefällt mir nicht, ich thue es nicht mehr. Ich glaube daher, daß es ganz am Platze ist, in der Armenordnung diesen Mangel zu ergänzen und habe mir daher erlaubt, Anträge zu formuliren und sie der geehrten Kammer zu empfehlen. Ich beabsichtige, bei dem von der Deputation vorgeschlagenen Zusatzparagraph 6b einen Unterantrag zu stellen, welchen ich mir später zu motiviren erlauben werde, da er zu der speciellen Debatte gehören wird. Dagegen erlaube ich mir jetzt, die von mir als 6c, d und e bezeichneten Paragraphen der ge-